

PROTOKOLL

8. SITZUNG VOM 2. NOVEMBER 2006

SEITE 85

**Beginn der Sitzung:** 20.00 Uhr

\*\*\*\*\*

**Vorsitz:** Burtscher Rochus, Präsident

**Protokoll:** Solari Guido, Sekretär

**Stimmzähler:** Meier Pius  
Müller-Forrer Elisabeth  
Tonini Esther

**Anwesend:** 31 Mitglieder

**Abwesend:** Beutter Andres  
Knecht Patrick  
Spiess Silvan  
Stucki René  
Wiederkehr Max

**Behördenvertreter:** Müller Otto, Stadtpräsident  
Balbiani Jean-Pierre, Vizepräsident  
Brunner Roger, Stadtrat  
Disler Gertrud, Stadträtin  
Illi Heinz, Stadtrat  
Schaeren Rolf, Stadtrat  
Sonderegger Esther, Vizepräsidentin Schulpflege

**Weibeldienst:** Wm Gschwend Albert

\*\*\*\*\*

**Mitteilungen**

- a) Max Wiederkehr liegt nach seiner Rückenoperation immer noch im Spital. Für die Genesungswünsche und den Blumenstrauss hat er sich herzlich bedankt.



- b) Elisabeth Müller-Forrer hat am 4. September 2006 eine Kleine Anfrage betreffend Spitex eingereicht, die am 23. Oktober 2006 vom Stadtrat beantwortet wurde.
- c) Josef Wiederkehr hat am 20. September 2006 eine Kleine Anfrage betreffend Masena-Gedenkstein eingereicht, die am 30. Oktober 2006 vom Stadtrat beantwortet wurde.

\*\*\*\*\*

## Protokoll

Zum Protokoll der Sitzung vom 5. Oktober 2006 wurden keine Berichtigungsanträge eingereicht.

\*\*\*\*\*

### V4.32.            **Geschäftsführung**

#### **Leitung der Parlamentssitzungen**

##### Persönliche Erklärung Pius Meier

In einer persönlichen Erklärung moniert Pius Meier verschiedene Formfehler bei der Durchführung der letzten Gemeinderatssitzung. So wurde dem Interpellanten bereits nach 10 Minuten das Wort entzogen, obwohl er gemäss Geschäftsordnung 15 Minuten Redezeit zur Verfügung gehabt hätte. Zum gleichen Geschäft wollte sich Pius Meier in der Diskussion äussern. Dies wurde vom Vorsitzenden jedoch nicht gestattet.

Er sei sich bewusst, dass die Leitung einer Gemeinderatssitzung schwierig sei. Er wünsche sich aber inskünftig eine bessere Vorbereitung und eine Leitung mit entsprechender Sachkenntnis.

\*\*\*\*\*

## Fragestunde

In der Fragestunde werden folgende Themen aufgegriffen:

### IT-Studie

Werner Hogg stellt die Frage:

*"Die Zeitung "Cash" hat in ihrer Ausgabe vom 12. Oktober 2006 eine IT-Studie "Gemeinden" veröffentlicht. Unter den Gemeinden, die effizient arbeiten, vermisse ich den Namen Dietikon. Hat Dietikon schlecht abgeschnitten oder nicht mitgemacht? Was war nicht gut oder warum hat man nicht teilgenommen?"*



*Stadtpräsident Otto Müller* antwortet, dass Dietikon sich an der Cash-Umfrage nicht beteiligt habe. Es gehe bei der Stadtverwaltung fast wöchentlich ein Fragebogen- oder eine Online-Umfrage ein, deren Beantwortung nicht selten umfangreiche Abklärungen erfordere. In der Regel würden nur Umfragen beantwortet, die wissenschaftlich begleitet seien.

### Abstimmungen

*Roger Bachmann* stellt die Frage:

*"Wie erklärt sich der Stadtrat im Zusammenhang mit dem Abstimmungsergebnis vom 14. September 2006, dass zwischen dem JA-Stimmenanteil bei der Abstimmung über das "Ausländergesetz" (76 %) und der Abstimmung über das Asylgesetz (59,2 %) eine derart grosse Differenz besteht wie in keiner anderen Gemeinde des Kantons Zürich (in den übrigen Gemeinden beträgt die Abweichung ca. 2-3 %)?"*

*Stadtpräsident Otto Müller* antwortet, dass im Abstimmungskampf nur das Asylgesetz mit den verschärfenden Bestimmungen wie Ausschaffungshaft und Nothilfe umstritten gewesen sei. Dass das Ausländergesetz weniger Ablehnung erfuhr, war darum nahe liegend. Der Stadtrat hat keine Erklärung dafür, weshalb die Stimmberechtigten in den anderen Gemeinden kaum differenzierten.

### Fussball EM 2008

*Roger Bachmann* stellt die Frage:

*"Plant die Stadt Dietikon im Rahmen der Standort- und Wirtschaftsförderung im Hinblick auf die Fussball-EM 2008 spezielle Aktivitäten, Events etc. die den Namen "Dietikon" über die Kantons- und Landesgrenzen hinaus bekannt machen könnten?"*

*Stadtpräsident Otto Müller* antwortet, dass die EM 2008 eine nachhaltige Auswirkung auf die Schweiz haben kann. Der Stadtrat hat sich bis jetzt noch nicht damit befasst. Er wolle aber die damit zusammenhängenden Fragen prüfen und lasse sich darum auch an der Orientierungsveranstaltung des Bundesamtes für Sport vertreten. Aktivitäten im Zusammenhang mit der EM 08 seien vorstellbar und erwünscht.

### Hirschpark

*Waldemar Köhli* stellt die Frage:

*"Wie weit sind die Verhandlungen mit einem neuen Pächter und was geschieht mit dem Wald- und Wiesenstück auf der anderen Wegseite? Wurden schon einmal Abfall Entsorger erwischt und gebüsst?"*

*Finanzvorstand Rolf Schaeren* antwortet, dass das jetzige Pachtverhältnis mit W. Ungricht noch nicht gekündigt wurde. Die Liegenschaftsverwaltung sei jedoch mit einem Interessenten in Verhandlung, der den Park in dieser oder ähnlicher Form weiterführen möchte. Entsprechende Verhandlungen sollten bis Ende November 2006 abgeschlossen sein. Bis anhin wurden keine illegalen Abfallentsorger festgestellt.



### Begegnungszone

Josef Wiederkehr stellt die Frage:

*"Kann sich der Stadtrat vorstellen, dass die Begegnungszone in den nächsten Jahren im Zentrum Dietikon ausgedehnt wird, im Sinne, wie dies die CVP im Dezember 2002 im Beitrag zum runden Tisch (Verkehr im Zentrum) vorschlug?"*

Stadtpräsident Otto Müller antwortet, dass die Zentrumsentwicklung nach den Ergebnissen des RZU-Wettbewerbs für das Zentrum vonstatten gehe. Die Umsetzung der verschiedenen Massnahmen muss jedoch etappiert werden. In den Regierungszielen für die laufende Legislatur ist die Weiterentwicklung des Zentrums eingeflossen. Begegnungszonen oder Neugesaltungen des Strassenraums seien vorgesehen zwischen Bahnhof und Kirchplatz, an der Löwen-, Neumatt- und Poststrasse.

### Homepage

Josef Wiederkehr stellt die Frage:

*"In welchem Turnus wird die Information zur Politik auf der Homepage der Stadt Dietikon aktualisiert? Wie lange dauert es, bis ein eingereichter Vorstoss aufgeschaltet wird und wer ist dafür verantwortlich?"*

Stadtpräsident Otto Müller antwortet, dass die Homepage der Stadt Dietikon täglich aktualisiert werde. Bei den Vorstössen gelte folgende Regelung:

Kleine Anfragen:	nach Eingang und Prüfung auf die Rechtmässigkeit
Motionen, Postulate, Interpellationen:	diese werden gleichzeitig mit dem Versand, welcher mindestens 14 Tage vor der GR-Sitzung stattfindet, veröffentlicht

Die Antworten des Stadtrates auf die Vorstösse werden unverzüglich nach der Stadtratssitzung aufgeschaltet. Beschlüsse und Protokolle des Gemeinderates werden ebenfalls nach der Erstellung publiziert. Bei jeder Änderung und Anpassung der Homepage wird den gemeldeten Interessenten eine e-Mail mit einem Hinweis auf die neuen Dokumente zugestellt.

Verantwortlich für das Nachführen der Seite Politik ist die Stadtkanzlei.

### Ramadan

Trudi Frey stellt die Frage:

*"Wie viel Schüler und Schülerinnen sind aufgrund des Ramadan-Abschlussfestes am ersten und zweiten Schultag nach den Herbstferien nicht erschienen und wie wird der verpasste Stoff nachgeholt bzw. aufgearbeitet?"*

Vizepräsidentin der Schulpflege Esther Sonderegger antwortet, dass 350 Kinder oder 16 % aller Volksschüler (ohne Kindergarten-Kinder) nicht zum Unterricht erschienen seien. Der verpasste Stoff wird in Absprache zwischen den Lehrpersonen und den Kindern individuell nachgeholt.



### Ausfall Schulpräsident

*Trudi Frey* stellt die Frage:

*"Welche konkreten Massnahmen wurden bzw. werden vorgenommen, um die Schule während des Ausfalls des vollamtlichen Schulpräsidenten funktionieren zu lassen?"*

*Vizepräsidentin der Schulpflege Esther Sonderegger* antwortet, dass durch einen grossen Einsatz der Schulverwaltung sowie der beiden Vizepräsidentinnen die Last der laufenden Geschäfte getragen werden kann. Voraussichtlich wird der Schulpräsident ab 20. November 2006 seine Arbeit wieder teilweise aufnehmen können.

### Freibad-Restaurant

*Irene Wiederkehr* stellt die Frage:

*"Hat das Freibad-Restaurant die Erwartungen erfüllt und war es rentabel?"*

*Gesundheitsvorstand Roger Brunner* antwortet, dass die Verlegung des Freibad-Restaurants von den Badegästen positiv aufgenommen wurde. Die Infrastruktur genügt den Anforderungen. Von den Eltern mit Kindern wird die Nähe zu den Becken geschätzt. Die Betriebsabrechnung muss bis 30. November 2006 vorliegen. Nach Rücksprache mit dem Pächter sei aber ein guter Saisonabschluss zu erwarten. Bei der Umsatzentwicklung ist das Wetter ein wichtiger Faktor.

### Mittagstische

*Esther Wyss-Tödtli* stellt die Frage:

*"Wie hoch ist die Auslastung der Mittagstische und der Betreuungsstunden seit Schulbeginn 2006?"*

*Vizepräsidentin der Schulpflege Esther Sonderegger* antwortet, dass der Mittagstisch Fondli zu 95 %, die Tische Wolfsmatt und Zentral zu 70 %, der Mittagstisch Kristall zu 35 % und der Tisch im Steinmürlischulhaus zu 50 % ausgelastet sei.

### Betreuungsstunden

*Esther Wyss-Tödtli* stellt die Frage:

*"Welche Angebote stehen den Kindern während den Betreuungsstunden zur Verfügung und hat es genügend Räumlichkeiten?"*

*Vizepräsidentin der Schulpflege Esther Sonderegger* antwortet, dass die Kinder spielen, malen, zeichnen, singen oder auch selbständig Hausaufgaben erledigen können.



### Mittagstisch

*Esther Wyss-Tödtli* stellt die Frage:

*"Wie viele Kinder benutzen das Angebot "Mittagstisch" nach der, durch die Schulpflege beschlossenen Gebührenerhöhung, seit Schulbeginn 2006 im Vergleich zu 2005?"*

*Vizepräsidentin der Schulpflege Esther Sonderegger* antwortet, dass im November 2005 72 Kinder vom Angebot Gebrauch machten. Im November 2006 sind es 74 Kinder, wobei das Angebot ausgebaut wurde.

### Mittagstisch

*Esther Wyss-Tödtli* stellt die Frage:

*"Sind die zwei neu eingerichteten Mittagstische im Schulhaus Steinmürli und im Josefsheim voll ausgelastet, resp. wie viele Kinder benutzen das neue Angebot?"*

*Vizepräsidentin der Schulpflege Esther Sonderegger* antwortet, dass 9 bzw. 19 Kinder die erwähnten Mittagstische besuchen.

### Musikalische Grundausbildung

*Esther Wyss-Tödtli* stellt die Frage:

*"Wie viele Kinder werden seit Schulbeginn 2006 gesamthaft in der kostenlosen, musikalischen Grundausbildung unterrichtet und in wie viele Gruppen wurden sie eingeteilt?"*

*Vizepräsidentin der Schulpflege Esther Sonderegger* antwortet, dass 159 Kinder in 18 Gruppen unterrichtet werden.

### Altpapiersammlung

*Pius Meier* stellt die Frage:

*"Stimmt es, dass der Abtransport des Altpapiers in Zukunft per LKW und nicht mehr per Bahn abgewickelt werden soll?"*

*Gesundheitsvorstand Roger Brunner* antwortet, dass ab 1. Januar 2007 das Altpapier mit einem Presswagen sowie mit Mulden, welche auf dem Zelgliplatz abgestellt werden, abgeführt wird. Die neue Variante sei kostengünstiger. Das Einsammeln des Papiers wird für die Vereine vereinfacht, da der Zelgliplatz sehr zentral liegt. Mit den SBB gab es in letzter Zeit vermehrt Probleme, da Wagen zu spät oder gar nicht bereitstanden. Die Papierverwertung erfolgt weiterhin in der Schweiz.



### SBB Warteräume

*Pius Meier* stellt die Frage:

*"Kann sich der Stadtrat Lösungen vorstellen, um den SBB-Reisenden im Winter die Wartezeiten zu erleichtern, wenn die SBB die Warteräume auf den Perron aus Kostengründen nicht mehr heizen will? Wenn ja welche?"*

*Stadtpräsident Otto Müller* antwortet, dass die Abklärung beim Bahnhofvorstand Dietikon ergeben hat, dass die SBB-Warteräume im Bahnhof Dietikon und Glanzenberg wie bis anhin beheizt werden.

### Cablecom

*Pius Meier* stellt die Frage:

*"Kann der Stadtrat Massnahmen treffen, damit die Cablecom nicht immer mehr Kanäle abstellt, die dann nur noch gegen Aufpreis im Digitalangebot zu empfangen sind? Gibt es im Verkaufsvertrag des Kabelnetzes an die Cablecom eine Rückkaufklausel?"*

*Werkvorstand Jean-Pierre Balbiani* antwortet, dass der Einfluss des Stadtrates auf die Cablecom gering sei. Das Netz habe nie der Stadt gehört. Die Cablecom könne nicht verpflichtet werden, das Netz zu verkaufen. Es bestünde aber die theoretische Möglichkeit, dass die Stadt ein eigenes Netz erstellt, wie es Urdorf getan hat.

In der Diskussion wird die Frage aufgeworfen, ob die Stadt die Benutzung von öffentlichen Leitungen verhindern könne. Dazu wird präzisiert, dass es sich nicht um öffentliche Leitungen, sondern um solche im Besitz der Cablecom handelt.

### Wahlkampf

*Peter Wettler* stellt die Frage:

*"Wie viel bezahlte die Polstergruppenfirma Natuzzi für das Stadtratsphoto?"*

*Stadtpräsident Otto Müller* antwortet, dass man nach dem harten Wahlkampf eine ungezwungene Atmosphäre für die konstituierende Sitzung des Stadtrates schaffen wollte. Verschiedene Möbelfirmen wurden angefragt, ob sie leihweise eine gediegene Einrichtung des Sitzungszimmers zur Verfügung stellen würden. Ausser Natuzzi lehnten alle ab oder verlangten dafür eine Entschädigung. Die Firma Natuzzi übernahm auch den Transport und das Aufstellen. Als Gegenleistung wurde versprochen, dass der Namenszug Natuzzi auf dem Foto des Stadtrats zu sehen sei.

*Peter Wettler* ist der Ansicht, dass der Stadtrat für die Werbung noch eine Entschädigung hätte verlangen sollen.



### Wirtschaftsförderungs-Broschüre

*Peter Wettler* stellt die Frage:

*"Wer ist Autor(in) des Satzes "Trotz der Nähe zum Flughafen ist Dietikon frei von Fluglärm" in der Wirtschaftsförderungs-Broschüre?"*

*Stadtpräsident Otto Müller* antwortet, dass es sich bei der Broschüre um ein Instrument des Standortmarketings handelt, welche an ausgewählte Gruppen oder an Messen abgegeben wird. Der beanstandete Satz ist nicht korrekt und wird bei einer Überarbeitung geändert. Die Broschüre wurde von der WPS AG in Dietikon erstellt.

In der Diskussion wird darauf hingewiesen, dass noch verschiedene weitere Formulierungen sehr zweifelhaft seien.

### Spielplatz Grunschen

*Christa Maag* stellt die Frage:

*"Der Spielplatz Grunschen ist ein idealer und beliebter Ort für Kinder zum spielen. Wann ist ein Ersatz der alten, zum Teil gefährlichen und defekten Spielgeräte vorgesehen?"*

*Werkvorstand Jean-Pierre Balbiani* antwortet, dass die Geräte im Frühjahr 2007 ersetzt werden und dass er hoffe, dass diese inskünftig nur von Kindern benützt werden.

### Aushilfe Bauamt

*Werner Lips* stellt die Frage:

*"Wie viel kostet eine Arbeitsstunde von Herr Corsten als Aushilfe für Frau Stengl?"*

*Hochbauvorsteherin Gertrud Disler* antwortet, dass Herr Corsten vom Stadtrat im Lohnband 5 gemäss Besoldungsverordnung mit einem Pensum von 70 % eingereiht wurde.

### ETH Architekten

*Werner Lips* stellt die Frage:

*"Wieso brauchen wir einen ETH Architekten?"*

*Hochbauvorsteherin Gertrud Disler* antwortet, dass sich die Qualifikation aufgrund des Pflichtenhefts ergibt.

### Oberstufenschüler

*Elisabeth Müller-Forrer* stellt die Frage:

*"Mit welcher Anzahl Oberstufenschülerinnen und Oberstufenschüler rechnet die Schulpflege Dietikon für die nächsten 5 Jahre?"*



*Vizepräsidentin der Schulpflege Esther Sonderegger* antwortet, dass sich die Schülerzahlen aufgrund der heutigen Klassenbestände in der Primarschule wie folgt berechnen lassen:

– Schuljahr 2007/08	614 Kinder
– Schuljahr 2008/09	570 Kinder
– Schuljahr 2009/10	563 Kinder
– Schuljahr 2010/11	563 Kinder
– Schuljahr 2011/12	622 Kinder

In jedem Jahr ist damit zu rechnen, dass ca. 20 Kinder die Aufnahmeprüfung in das Gymnasium schaffen und von den erwähnten Zahlen in Abzug zu bringen sind.

### Hunde

*Elisabeth Müller-Forrer* stellt die Frage:

*"Hat in Dietikon die Zahl der Meldungen betreffend gefährliche Hunde in den letzten Monaten zugenommen und wenn ja, wie viele Fälle wurden gemeldet?"*

*Sicherheitsvorstand Heinz Illi* antwortet, dass die Stadtpolizei Dietikon seit Anfang Jahr 3 Anzeigen wegen Bissvorfällen entgegengenommen hat. Gegen die allgemeine Hundehaltung seien 4 Verzeigungen eingegangen. Im ganzen Kanton Zürich sind 800 Bissmeldungen verzeichnet worden.

### Linienbus

*Jörg Dätwyler* stellt die Frage:

*"Ab wann kann man mit einem Linienbus der VBZ vom Weinbergquartier zum Stadthaus an die Gemeinderatssitzung gefahren werden?"*

*Stadtpräsident Otto Müller* antwortet, dass die Frage zurzeit nicht beantwortet werden könne. Nachdem der Stadtrat den letzten Vorschlag als untauglich zurückgewiesen habe, müsse die VBZ zuerst einen neuen ausarbeiten. Frühester Zeitpunkt wäre der Fahrplanwechsel im Dezember 2007.

### Stimmrechtsausweise

*Jörg Dätwyler* stellt die Frage:

*"Wie viele Stimmen waren am Urnengang vom 24. September 2006 wegen fehlender Unterschrift auf dem Stimmrechtsausweis ungültig?"*

*Stadtpräsident Otto Müller* antwortet, dass von 5'127 eingegangenen Stimmrechtsausweisen 79 nicht unterzeichnet waren, was einer Quote von 1,5 % entspricht.



### Abstimmungsunterlagen

Jörg Dätwyler stellt die Frage:

*"Welcher Aufwand wäre nötig, zu den Abstimmungsunterlagen ein Begleitschreiben mit einem entsprechenden Vermerk beizulegen um die Stimmbürger besser darauf aufmerksam zu machen den Stimmrechtsausweis bei brieflicher oder stellvertretender Stimmabgabe zu unterschreiben?"*

Stadtpräsident Otto Müller antwortet, dass es nicht neu sei die Stimmrechtsausweise zu unterschreiben und die Stimmberechtigten seinerzeit mit einem farbigen Merkblatt darauf aufmerksam gemacht wurden. Seit 1. Januar 2005 muss auch bei Vertretungen der Stimmrechtsausweis vom Vertretenen unterzeichnet werden. Auch bei dieser Änderung wurde mit einem beigelegten farbigen Merkblatt darauf hingewiesen. Weiter steht die Anleitung auf jedem Stimmrechtsausweis. Sollte eine signifikante Erhöhung der nicht unterschriebenen Stimmausweise festgestellt werden, wäre die erneute Beilage eines Merkblattes möglich.

### Feuerwehr

Jörg Dätwyler stellt die Frage:

*"Ab wann können wir in der Feuerwehr wieder einmal ein Mitglied der Stadtpolizei als Feuerwehrmann/Frau zur Unterstützung des Verkehrskorps willkommen heissen?"*

Sicherheitsvorstand Heinz Illi antwortet, dass der Stadtrat derzeit mit einem interessierten Polizeifunktionär der Stadtpolizei Dietikon im Gespräch sei der bereits Erfahrung in der Feuerwehr mitbringe und schon Weiterbildungskurse besucht habe.

### Vogelgrippe

Maria Spielmann stellt die Frage:

*"Was für Massnahmen könnte sich der Stadtrat für die Freizeitanlage Chrüzacher vorstellen, sollten sich die Wassertiere wegen drohender Vogelgrippe noch weitere Male nicht im Freien aufhalten dürfen?"*

Stadtpräsident Otto Müller antwortet, dass vor allem die Enten problematisch seien. Das monatelange einsperren sei für diese schlimmer als für Hühner. Eine Abdeckung des Geheges würde unverhältnismässige Kosten verursachen. Der Stadtrat bemüht sich beim kantonalen Veterinäramt um eine Ausnahmegewilligung. Sollte diese nicht erteilt werden, suche man nach einer Lösung die Tiere in ein Gehege ausserhalb der kritischen Zone umzuplatzieren.

### Friedensrichter

Maria Spielmann stellt die Frage:

*"Wie gross ist das Arbeitspensum vom Friedensrichter der Stadt Dietikon? Zu wie viel Prozent ist er tätig und zu wie viel Prozent erledigt er noch weitere Tätigkeiten?"*



*Stadtpräsident Otto Müller* antwortet, dass der Friedensrichter mit einem 70 % Pensum angestellt sei. Die eigentliche Friedensrichter-Tätigkeit beanspruche ca. ein 50 % Pensum. Viel Zeit nehme daneben die immer häufigere Beratungstätigkeit bei Fragen zu Scheidung und Trennung in Anspruch. Überdies stehe er der Tiefbauabteilung für die Abfassung von Abtretungs- und Dienstbarkeitsverträgen mit anschliessender öffentlicher Beurkundung beim Grundbuchamt zur Verfügung.

#### Parkplatz

*Maria Spielmann* stellt die Frage:

*"Wie konkret ist der Einbezug des Parkplatzes neben dem Velogeschäft Hediger in der Planung des Kronenareals?"*

*Stadtpräsident Otto Müller* antwortet, dass in der Klausurtagung vom 3. Juli 2006 der Stadtrat zum Schluss kam, dass der Perimeter für die Planung auf alle städtischen Grundstücke, eingeschlossen den öffentlichen Parkplätzen zwischen Kronenplatz und Merkurstrasse und den Umweltladen Claro, ausgedehnt werden soll. Dies sei eine Auflage an die Planer, heisst aber nicht, dass der Parkplatz aufgehoben werden soll.

In der Diskussion wird die Frage nach der Nutzung der Parkplätze gestellt. *Stadtpräsident Müller* erläutert, dass verschiedene Varianten denkbar sind. Entscheide seien noch keine gefallen.

#### Trottoirparkierer

*Marcel Giger* stellt die Frage:

*"Mit welchen Massnahmen entgegnet der Stadtrat der immer stärker auftretenden, und sehr Fussgängergefährdenden Trottoirparkiererei, beispielsweise vor der ehemaligen Garage Lips?"*

*Sicherheitsvorstand Heinz Illi* antwortet, dass dem Stadtrat das falsche Parkieren, insbesondere an der Unteren Reppischstrasse das Trottoirparkieren, sehr wohl bekannt sei. Man reagiere darauf mit Kontrollen und der Ausfällung von Bussen. Nur durch regelmässige gezielte Kontrollen können die Falschparkierer angehalten werden, ihr Fahrzeug auf einem offiziellen Parkplatz abzustellen.

#### Schellerareal

*Marcel Giger* stellt die Frage:

*"Welches sind die realistischere zu erwartenden, direkten Kosten (Grundbuch, Verkehrsumleitung, Haltestellenverschiebung, Sanierung etc.), welche der Stadt Dietikon durch die Bautätigkeit auf dem Schellerareal entstehen?"*

*Stadtpräsident Otto Müller* antwortet, dass die Fragen für die Fragestunden ohne aufwändige Abklärungen beantwortbar sein müssen. Dies sei bei der vorliegenden Frage nur für Grundbuchkosten der Fall und diese betragen Fr. 1'293.35. Über die Kosten im Zusammenhang mit der Altlastensanierung wird der Stadtrat nächstens im Zusammenhang mit der Beantwortung der Kleinen Anfrage von Marcel Giger orientieren.



### Bezirksgebäude

Marcel Giger stellt die Frage:

*"Welche Massnahmen zieht der Stadtrat in Betracht, um die leidliche, jedoch trotz genügender Anzahl Parkplätze im ganzen Zentrum durch den Publikumsverkehr des Bezirksgebäudes wohl zu befürchtende, wilde Parkiererei und die damit verbundenen Verkehrsbehinderungen zu verhindern bzw. einzudämmen?"*

Sicherheitsvorstand Heinz Illi antwortet, dass die Parkplatzsituation in ganz Dietikon Anlass zur Besorgnis gibt. Es werden verschiedene Modelle für neue Signalisationen, Leitsysteme usw. geprüft.

In der Diskussion wird darauf hingewiesen, dass es verschiedentlich vorkomme, dass das Parkhaus Zentrum mit der vorhandenen Signalisation nicht gefunden wird.

### Wildwuchs Lieferwagen

Waldemar Köhli stellt die Frage:

*"Was unternimmt der Stadtrat gegen den Wildwuchs von immer mehr Geschäftslieferwagen, teils mit Anhänger, die auf öffentlichen Parkplätzen z.B. Badstrasse/Staffelackerstrasse die öffentlichen Plätze besetzen und teilweise zu gefährlichen verdeckten Sichtverhältnissen bei Ausfahrten führt?"*

Sicherheitsvorstand Heinz Illi antwortet, dass die Fahrzeuge, sofern diese ordnungsgemäss eingelöst und mit einem Nummernschild versehen sind, nicht weggewiesen werden können. Das Problem kann nur über die Einführung von Parkzeiten oder mit dem Aufstellen von Parkuhren gelöst werden. Entsprechende Abklärungen sind im Gange.

### Littering

Samuel Spahn stellt die Frage:

*"Was unternimmt der Stadtrat zur Eindämmung des so genannten Littering?"*

Gesundheitsvorstand Roger Brunner antwortet, dass die Gesundheitsabteilung seit 2004 Kampagnen gegen Littering auf dem Stadtgebiet Dietikon durchführe. Der Schule wird der Abfallunterricht finanziert. Durch eine Neugestaltung der Nebensammelstellen hofft der Stadtrat, das Littering-Problem an diesen Standorten eindämmen zu können. Weiter appelliert der Stadtrat an die Eigenverantwortung der Dietiker Bevölkerung. In Zukunft soll mit kleineren Aktionen auf das Problem aufmerksam gemacht werden.

### Cook and Chill

Samuel Spahn stellt die Frage:

*"Was heisst "Cook and Chill"?"*

Gesundheitsvorstand Roger Brunner antwortet, dass Cook & Chill wörtlich übersetzt kochen und kühlen heisse. In der Gemeinschaftsverpflegung und Gastronomie müssen qualitativ



hochwertige Speisen möglichst frisch und unter kostengünstigen Bedingungen produziert werden. Aus technischen und organisatorischen Gründen werden die Speisekomponenten in der konventionellen Küche meistens vormittags zubereitet und bis zum Verzehr häufig über Stunden warm gehalten. Diese langen Warmhaltezeiten führen zu einer starken Verminderung der Qualität (Austrocknung, Farb-, Geschmacks- und Vitaminverluste, bei Warmhalte-temperaturen von weniger als 50°C Gefahr der Vermehrung von Mikroorganismen). Der Wunsch der Gäste nach mehr Vielfalt, Auswahl, frischen Produkten und gesunden Speisen sowie zeitliche Unabhängigkeit erfordert von den Betrieben entsprechende Anpassungen. Das Cook & Chill-System bietet eine Alternative. Dabei werden die rohen, gewürzten Speisenbestandteile einzeln oder assortiert in Spezialgebinden (Portionenteller oder Gastro-normschalen mit Kunststoffolie und Ventil) unter Dampfdruck in speziellen Mikrowellenöfen gegart, unmittelbar nach dem Garprozess in Schnellkühlern auf weniger als +3°C abgekühlt und bei dieser Temperatur gelagert. Die so gefertigten Speisen sind problemlos mehrere Tage haltbar. Dieses System wird vor allem im europäischen Ausland und vereinzelt im Inland in der Massenverpflegung (Kantinen, Spitäler, Altersheime) angewendet.

#### Abstimmungsparole

*Ueli Bayer* stellt die Frage:

*"Wie steht die Schulpflege zur Volksinitiative "Nur eine Fremdsprache an der Primarschule"?"*

*Vizepräsidentin der Schulpflege Esther Sonderegger* antwortet, dass die Schulpflege als Exekutivorgan keine Parolen zu Abstimmungsvorlagen fasst. Die Schulpflege ist in der Umsetzung der Vorschriften tätig.

#### Volksinitiative

*Rolf Steiner* stellt die Frage:

*"Welches Organ der Stadt Dietikon hat den Organisatoren des Podiumsgesprächs vom 25. Oktober 2006 zur Volksinitiative "Nur eine Fremdsprache in der Primarschule" erlaubt, zu ihrer Veranstaltung mit einer die Ja-Parole enthaltenden Anzeige im LT im Namen der Stadt einzuladen? Falls keine solche Erlaubnis vorliegt: Ist der Stadtrat der Ansicht, dass solche Ankündigungen den Anschein erwecken, die Stadt Dietikon und insbesondere der Stadtrat würden diese Volksinitiative unterstützen? Ist der Stadtrat gewillt, Organisatoren, die die Gastfreundschaft im Stadthaus derart missbrauche, den Gemeinderatssaal weiterhin zur Verfügung zu stellen?"*

*Stadtpräsident Otto Müller* antwortet, dass das Inserat mit der Einladung zu einem kontradiktorischen Gespräch über die Volksinitiative "Nur eine Fremdsprache an der Primarschule" vom Initiativkomitee "Schule mit Zukunft" unterzeichnet wurde. Im Widerspruch dazu wird es mit dem Satz "Die Gemeinden im Bezirk Dietikon laden Sie ein" eingeleitet. Soweit dem Stadtrat bekannt ist, hat jedenfalls in Dietikon kein Organ das Initiativkomitee ermächtigt, im Namen der Stadt Dietikon einzuladen.

Da an der Veranstaltung sowohl Gegner als auch Befürworter der Volksinitiative auftraten, kann daraus keine Stellungnahme des Stadtrats abgeleitet werden.



Der Stadtrat erachtet es als wichtig, dass im Vorfeld von Abstimmungen über Volksinitiativen über das Anliegen der Initianten offen diskutiert werden kann. Dazu wird den politischen Interessevertretern auch der Gemeinderatssaal zur Verfügung gestellt.

In der Diskussion zeigt sich eine Votantin über die organisierte Aufregung bezüglich des In-serates befremdet. Wenn beide Seiten zur Sprache kommen, könne nicht von einem Missbrauch der Gastfreundschaft gesprochen werden. Beim Wahlkampf vor einigen Montagen sei das Wappen von Dietikon verwendet worden und niemand habe sich daran gestört.

#### Florastrasse

*Nils Wimmersberger* stellt die Frage:

*"Könnte die Einfahrt über die Florastrasse zum Parkplatz zwischen Zentralstrasse und Florastrasse so erweitert werden, dass diese auch als Ausfahrt genutzt werden kann? Dadurch müssten die Automobilisten mit Fahrziel im Westen Dietikons, nicht den ganzen Block umfahren."*

*Stadtpräsident Otto Müller* antwortet, dass eine Ausfahrt auf die Florastrasse deren Kapazität und diejenige der Oberen Reppischstrasse übersteigen würde. Schon die Zufahrt zum Parkplatz von der Florastrasse aus sei verkehrstechnisch ungünstig, wurde aber im Interesse des anliegenden Gewerbes ermöglicht.

#### Controlling

*Stephan Wittwer* stellt die Frage:

*"Wie ist das Controlling der Stadt Dietikon organisiert, damit die bestellten und verbauten Materialien den Spezifikationen der Werkverträge entsprechen?"*

*Hochbauvorsteherin Gertrud Disler* antwortet, dass zu den beauftragten Handwerkern ein Vertrauensverhältnis besteht. Bei kleineren Projekten überwacht die Projektleiterin die Lieferungen. Bei Projekten mit Architekturauftrag ist die Kontrolle gemäss Vertrag organisiert, wobei die Projektleiterin auch hier Stichproben durchführt.

#### Qualitätskontrolle

*Stephan Wittwer* stellt die Frage:

*"Wie funktioniert der qualitative Prozessablauf bzw. die Qualitätskontrolle, wenn auf den Baustellen das bestellte Material angeliefert wird?"*

*Hochbauvorsteherin Gertrud Disler* antwortet, dass auch hier die Kontrolle gleich organisiert ist wie vorhin ausgeführt. Eine lückenlose Kontrolle sei nicht möglich. Mit einem Auftrag werde ein Vertrauensverhältnis geschaffen. Wenn Lieferungen nicht den bestellten Spezifikationen entsprechen, werde diese zurückgewiesen.



### Kläranlage

Rosmarie Frehsner stellt die Frage:

*"Das Limmattaler Tagblatt vom 18. Oktober 2006 berichtet über eine Wohnbaugenossenschaft, die ihre Wohnungen mit dem gereinigten Abwasser der Kläranlage beheizt. Dem Wasser wird bis 5° Wärme entzogen und damit Heizwärme und Warmwasser zu produzieren. Sind bei der Kläranlage Dietikon ähnliche Projekte vorgesehen?"*

Werkvorstand Jean-Pierre Balbiani antwortet, dass in der Energieplanung aus dem Jahr 2003 vorgesehen ist, das ganze Limmattfeld mit Abwärme aus der ARA zu heizen. Beim nun laufenden Umbau der ARA ist dies entsprechend vorgesehen. So soll der Abfluss aus der ARA über Wärmetauscher geleitet werden. Als positiver Nebeneffekt wird das Abwasser aus der ARA für die Einleitung in das Gewässer gekühlt. Theoretisch können mit dem System rund 3'200 Tonnen CO<sub>2</sub> oder 1,35 Millionen Liter Heizöl eingespart werden. Nachdem nun das erste Baugesuch für das Limmattfeld eingegangen ist, kann ab 2008 Wärme abgegeben werden.

### Corporate Design

Anita Marchetto stellt die Frage:

*"Wie hoch sind die Kosten für das neue Corporate Design von Dietikon "Wirtschaftsstandort mit Lebensqualität", ein Logo, das mir nebenbei überhaupt nicht gefällt und neue gewünschte Einwohner von Dietikon fernhalten wird?"*

Stadtpräsident Otto Müller antwortet, dass für die Ausarbeitung des neuen Corporate Design ein Kredit von Fr. 16'000.00 bewilligt wurde. Die Umsetzung erfolgt Schritt um Schritt.

### Wahlplakate

Anita Marchetto stellt die Frage:

*"Ist es dem Stadtrat möglich allen Parteien für die Kantonsratswahlen 2007 Gratis-Wahlplakatsflächen bei der APG zur Verfügung zu stellen, ähnlich wie bei den Gemeinderatswahlen?"*

Stadtpräsident Otto Müller antwortet, dass sich die Frage auf ein zukünftiges Handeln beziehe. Da der Stadtrat darüber noch nicht beraten konnte, bleibt die Frage unbestimmt. Voraussichtlich sollte es aber möglich sein.

### Dokumentarfilm

Anita Marchetto stellt die Frage:

*"Ermöglicht die Stadt Dietikon die Gratisvorführung des Dokumentarfilms "An Inconvenient Truth" von Al Gore den Schulkindern und der interessierten Bevölkerung von Dietikon, wie zum Beispiel Winterthur getan hat?"*



*Stadtpräsident Otto Müller* antwortet, dass sich die Frage auf ein zukünftiges Handeln beziehe. Er könne sich aber vorstellen, dass der Film im Rahmen des Kulturprogramms gezeigt werden könnte.

#### Kirchplatz

*Anita Marchetto* stellt die Frage:

*"Weshalb haben die Sitzbänke auf dem Kirchplatz eine so niedrige Lehne und sind derart unbequem?"*

*Stadtpräsident Otto Müller* antwortet, dass es sich bei den Bänken um "Kommunikationsbänke" handelt. Die Idee besteht darin, dass keine Trennung entsteht, wenn man Rücken an Rücken sitzt. Da ihm die Zeit fehlt, selbst auf den Bänken abzusitzen, kann er keine Ausführungen über die Bequemlichkeit machen.

#### Fussgängerstreifen

*Anita Marchetto* stellt die Frage:

*"Wann werden die bei der Baustelle entfernten Fussgängerstreifen an der Badenerstrasse im Bereich Obstbaumstrasse bis Baumgartenstrasse wieder angebracht? Wann wird der Fussgängerübergang bei der Überlandstrasse Einmündung Güterstrasse wieder markiert?"*

*Stadtpräsident Otto Müller* antwortet, dass an der Badenerstrasse sämtliche Streifen bei guten Wetterverhältnissen in der zweiten Hälfte November 2006 markiert werden. Gemäss Kanton wird der Streifen Güter-/Viaduktstrasse mangels zu geringer Fussgängerfrequenz nicht mehr markiert. Der Stadtrat ist nicht gewillt, auf diesen Fussgängerstreifen zu verzichten und hat deshalb eine schriftliche Stellungnahme der Kantonspolizei verlangt.

#### Werbeblachen

*René Stucki* stellt die Frage:

*"Die Stadt Dietikon hat ihr Corporate Design modernisiert und damit angenehmer gestaltet. Spaziert man durch Dietikon, stösst man immer wieder auf scheussliche Werbeblachen von Verbänden (z.B. der Vereinigung Zentrum Dietikon) und anderen. Wäre es nicht im Sinne eines besseren Erscheinungsbildes unserer Stadt, diese Blachen endlich verschwinden, sprich verbieten zu lassen?"*

*Sicherheitsvorstand Heinz Illi* antwortet, dass die Vorstellung über geschmackvolle und unbefriedigende Werbung und Erscheinungsbilder weit auseinander gehen. Auch vom neuen Corporate Design der Stadt seien nicht alle begeistert. Der Stadtrat masst sich nicht an, Werbung Dritter zu qualifizieren. Er habe auch nicht die Kompetenz, hässliche Werbung zu verbieten oder die Bewilligung von seinem Geschmacksempfinden abhängig zu machen.

In der Diskussion wird darauf hingewiesen, dass es Vorschriften gebe, wo Plakate nicht erlaubt seien. Die Stadtpolizei wird eingeladen, entsprechende Kontrollen vorzunehmen.

\*\*\*\*\*



**B1.71. Kantonale Richtplanung**  
**V2.22.5. Gateway**

**Gatewayterminal Limmattal**

Beantwortung des Postulats Hogg

Werner Hogg, Mitglied des Gemeinderates, und 30 Mitunterzeichnende haben am 12. Oktober 2005 ein Postulat betr. Gatewayterminal Limmattal eingereicht. Der Gemeinderat überwies das Postulat am 8. Dezember 2005 an den Stadtrat zum Bericht und Antrag. Der Stadtrat hat am 4. September 2006 dazu folgenden Bericht erstattet:

**Notwendigkeit des Gatewayterminals und Standortabklärungen**

Aus der Sicht der SBB ist der Standort Limmattal für einen Gatewayterminal der einzig richtige, da ein grosser Teil des schweizerischen Wagenladungsverkehrs auf dem Rangierbahnhof Limmattal (RBL) abgewickelt wird. Ihre Strategie sieht gemäss Standortevaluation sogar eine Konzentration des Wagenladungsverkehrs auf den Rangierbahnhof Limmattal vor und benötigt dazu alle Gleise des RBL.

Als zentrale und leistungsfähige Drehscheibe für die Schweiz muss der Gatewayterminal die Verknüpfung zwischen Shuttle-, Direkt- und Linienzügen und mit dem Einzelwagenladungsverkehr sicherstellen können. Seine Funktionen umfassen den Umschlag Schiene/Schiene zwischen Ferngüterzügen und Fern- und Nahgüterzügen (Import/Export und Binnenverkehr, jedoch nicht Transitverkehr), die Umschlagbahnhoffunktion Schiene/Strasse für die direkte Erschliessung der Wirtschaftsmetropole Zürich sowie als Zusatzfunktion den Linienzugshalt (Haltepunkt von Liniengüterzügen). Nicht vorgesehene Funktionen sind Verzweigungsbahnhof, Ortsgüteranlage, Güterverkehrszentrum und Umschlag. Der Standort soll darum unter anderem in einem bedeutenden Wirtschaftsraum mit hohem Güteraufkommen und Zugang zu hochwertigen Verkehrsnetzen für Schiene und Strasse liegen, sowie zur Vermeidung von teuren Rangierbewegungen zugslange Gleise und 24-Stundenbetrieb ermöglichen. Vorteilhaft sind auch Transport- und Logistikunternehmen in der Nähe sowie eine rationelle Verknüpfung zwischen Shuttle, Direkt- oder Linienzügen mit dem Einzelwagenladungsverkehr. Die regionale Verteilung des kombinierten Verkehrs von und nach dem Grossraum Zürich wird auf der Strasse erfolgen.

Für den Bedarf nach einem neuen Gatewayterminal im Westen von Zürich führen die SBB vor allem folgende Gründe ins Feld:

- In den nächsten Jahren wird ein erhebliches weiteres Wachstum des kombinierten Ladungsverkehrs (KLV) erwartet. Der heutige Güterbahnhof Zürich ist ausgelastet und vermag keine wesentlichen Mehrmengen mehr abzuwickeln.
- In internationalen Abkommen wird der Raum Zürich als Standort für einen wichtigen Terminal im internationalen kombinierten Verkehr bezeichnet. Neben der Nord-Süd-Verbindung Basel -Tessin wird die Verbindung Innsbruck-Buchs-Zürich-Bern-Lausanne-Genf-Culoz als wichtige Eisenbahnlinie für den internationalen kombinierten Verkehr bezeichnet.
- Der Güterbahnhof Zürich kann nur als Übergangslösung dienen. Die Hauptzu- und Abflussrichtung der Güterströme liegt im Westen von Zürich.



- Zürich ist ein geeigneter Haltepunkt für ein Linienzugssystem mit Anschluss an internationale Verbindungen. Um diese Funktion wahrzunehmen, ist jedoch ein neuer leistungsfähiger Terminal erforderlich.

Die Basisanlage für den Gatewayterminal umfasst eine 7-gleisige Anlage mit zusätzlichen 3 Gleisen für das Einfahren, Ausfahren und Abstellen von Zügen. Die Nutzgleislängen betragen ca. 740 m, wobei zwei Gleise unter dem Kran beidseitig angebunden sind. Für die Basisanlage werden 2 Kräne benötigt. Leistungssteigerungsmöglichkeiten sind ein 3. Kran bzw. ein zusätzliches Umschlagmodul. Die Basisanlage weist unter Einschluss des Gatebereichs je nach örtlichen Gegebenheiten einen Flächenbedarf von ca. 7 bis 8 ha auf.

Ein Vergleich der untersuchten beiden Standorte Limmattal und Furttal ergibt, dass bezüglich Erreichbarkeit der Standort Limmattal wegen der zentralen Lage im nationalen Schienennetz und der direkten Zufahrt Richtung Zürich, Aargau und Gotthard/Luzern deutlich günstiger ist. Auch die regionale Erreichbarkeit auf der Strasse ist besser. Das Potential für den kombinierten Ladungsverkehr im Nahbereich der Anlage ist grösser. Der Standort Furttal weist dagegen bessere Voraussetzungen für das Anlagenlayout auf. Auch sind seine Erweiterungsmöglichkeiten für Zusatzgleise und Nebenfunktionen besser. Bei der Anlagenschliessung ist der Standort Limmattal wiederum günstiger, da Synergien mit der Schieneninfrastruktur des RBL genutzt werden können.

Hinsichtlich Vereinbarkeit mit raumplanerischen Vorgaben werden dagegen grundsätzlich beide Standorte als ungünstig eingestuft. Massgebend für diese Beurteilung sind Siedlungskonflikte, Verkehrskonflikte, und Landschaftskonflikte. Der Standort Limmattal wird gleichwohl etwas günstiger eingestuft, weil im Limmattal angeblich ausreichende Kompensationsmöglichkeiten als Ersatz für den Flächenbedarf im geplanten Siedlungsgebiet bestehen, die Konflikte mit dem Landschaftsschutz geringer ausfallen und die Veränderungen bei den Umweltbelastungen aufgrund höheren Vorbelastungen oder bei anderer Nutzung des Gebiets weniger wahrgenommen werden.

Bezüglich Umwelt wird der Standort Limmattal wegen angeblich geringerer Lärmempfindlichkeit und geringerer Veränderungen in den Strassen- und Schienennetzbelastungen (geringere Wahrnehmbarkeit) als etwas günstiger eingestuft. Auch werden weniger Landwirtschaftsgebiet und Fruchtfelder beansprucht und weniger ökologische Vernetzungen durchtrennt. Wegen des bestehenden RBL mit Nachtbetrieb wird auch die Empfindlichkeit gegenüber Lichtmissionen geringer eingeschätzt. Gegen den Standort Limmattal spricht dagegen, dass er im Massnahmenplangebiet Luft liegt und der Terminal in den Grundwasserschutzbereich A zu liegen kommt.

Bezüglich Kosten ist der Standort Limmattal günstiger als der Standort Furttal, wobei bezüglich Landerwerbs gewisse Kostenrisiken bestehen. Beim Standort Furttal werden dagegen die Terminrisiken als höher eingeschätzt, weil dort ein grösseres Einsprachepotential und ein grösseres Bewilligungs- und Betriebsrisiko geortet wird.

### **Planungsstand**

Der Standort Limmattal für den Gatewayterminal ist in der Vorlage zur Revision des kantonalen Richtplans eingetragen. Das Geschäft liegt seit Monaten beim Kantonsrat, wo der Eintrag des Terminals hart umstritten ist. Zurzeit befassen sich zwei Kommissionen mit dieser Frage, nämlich die Kommission für Planung und Bau sowie die Kommission für Energie, Verkehr



und Umwelt. Klar ist, dass der Regierungsrat des Kantons Zürich den Gateway im Richtplan haben will und der Standort im Limmattal für ihn ideal ist. Seine Haltung deckt sich mit dem vom Bundesrat erlassenen "Sachplan Schiene" in welchen der Gateway Limmattal ebenfalls Eingang gefunden hat. Andererseits hat Kantonsrat Peter Weber eine parlamentarische Initiative eingereicht, welche von der Zürcher Regierung verlangt, dass sie bei den Bundesbehörden eine Standesinitiative einreicht mit dem Ziel, dass der Bund Standorte für den kombinierten Güterverkehr unter Berücksichtigung eines langfristigen Planungshorizonts festlegt. Ein Projekt wie jenes für den Gateway muss gemäss Weber auf die Siedlungsstrukturen abgestimmt werden.

Ein Vorprojekt für den Gatewayterminal besteht noch nicht. Die SBB haben aber mitgeteilt, dass sie die Planung beginnen. Sie wollen bis Ende 2007 zwei Vorprojekte erstellen, eines davon mit Integration des Gatewayterminals in den Rangierbahnhof, und erwarten von den Gemeinden, dass diese an der Planung mitwirken, damit ihre Anliegen möglichst früh berücksichtigt werden können. Eine Behördendelegation, bestehend aus den zuständigen Regierungsratsmitgliedern der Kantone Aargau und Zürich, dem Dietiker Stadtpräsidenten, dem Gemeindeammann von Spreitenbach sowie Mitgliedern der regionalen Planungsgruppe Limmattal, hat sich mit SBB Cargo zu einer ersten Sitzung getroffen. Bei dieser Gelegenheit konnte der Stadtpräsident den Standpunkt der Stadt Dietikon klar darlegen, welcher lautet: Kein Gateway im Limmattal. Diese Treffen sollen fortgesetzt werden.

### **Opposition gegen den Standort Limmattal**

Gegen den Bau eines Gatewayterminals im Limmattal tritt auch das Komitee "Gateway: So nicht!" in Erscheinung. Es zählt (Stand 1. August 2006) über 1000 Mitglieder und hat zum Ziel, die Bevölkerung zu sensibilisieren und zu informieren. Mit dem Druck der Bevölkerung sollen die SBB an den Verhandlungstisch gebracht werden. Das Komitee unterhält unter der Adresse "[www.gatewaysonicht.ch](http://www.gatewaysonicht.ch)" eine Internetseite mit Informationen und einer Dokumentation der einschlägigen Publikationen.

Die Gemeinden im Limmattal haben sich dieses Jahr zur Gemeindeallianz "Lebensqualität Limmattal" zusammengeschlossen, um der Stimme der Region mehr Gewicht zu verleihen und ein koordiniertes Vorgehen, auch mit anderen Bewegungen, sicherzustellen. Die Allianz will schnell aktiv werden und erachtet die Bekämpfung des Gatewayterminals als erstes und vordringlichstes Thema.

Es macht der Anschein, dass der Druck aus der Bevölkerung und den Gemeinden nicht ohne Wirkung bleibt und dass SBB Cargo nicht mit einem derartigen Widerstand gerechnet hat. Mit einer Broschüre, die an alle Haushaltungen verteilt wurde, begründete sie die Notwendigkeit eines Gatewayterminals und legte die Argumente für den Standort im Limmattal dar. Die Bereitschaft, über einen Standort des Gatewayterminals innerhalb des Gebietes des Rangierbahnhofs parallel ein Vorprojekt auszuarbeiten, dürfte ebenfalls eine Folge der koordinierten Opposition sein.

### **Haltung des Stadtrats**

An der Haltung des Stadtrates hat sich nichts geändert. Nach wie vor ist er der Ansicht, dass das Limmattal bereits zu viele Immissionen zu verkraften hat und eine zusätzliche Lärmquelle wie den Gatewayterminal nicht mehr erträgt. Die zusätzlichen Lastwagenfahrten im Verkehr mit dem Gateway führen in einem bereits stark belasteten Gebiet zu weiteren Probleme-



men. Aus der Anlage ist keine Wertschöpfung zugunsten der Stadt zu erwarten. Weiter wirkt sich der Terminal negativ auf die geplante Erschliessung und Überbauung des Niderfelds aus. Der Stadtrat wird sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln gegen den Bau des Gatewayterminals wehren.

In Übereinstimmung mit dem Komitee "Gateway: So nicht!" erachtet es der Stadtrat insbesondere als eine Zumutung ohne Gleichen, den Standort Limmattal mit dem Hinweis auf eine bereits bestehende Verkehrs- und Lärmbelastung zu begründen und zu argumentieren, die negativen Auswirkungen träten hier weniger auffällig in Erscheinung und seien besser verkraftbar. Damit wird der Anspruch einer dicht besiedelten Region auf Erhaltung der bescheidenen noch verbliebenen Lebensqualität in sein Gegenteil verkehrt und geringwertiger eingestuft als die Hemmung, in einer abgelegenen Gegend Landwirtschaftsgebiet zu beanspruchen.

Es darf jedoch nicht ausser Acht gelassen werden, dass SBB Cargo die Möglichkeit hat, ein eisenbahnrechtliches Plangenehmigungsverfahren in Gang zu setzen. In einem solchen Verfahren haben die Stadt sowie alle Anstösser ein Einspracherecht. Gegen eine allfällige Plangenehmigung wären wiederum Rechtsmittel möglich. Der Stadtrat ist fest entschlossen, alle ihm zur Verfügung stehenden Rechtsmittel zu ergreifen. Wenn SBB Cargo den Gatewayterminal Limmattal auf dem Rechtsweg durchsetzen will, wird sie die Erfahrung machen müssen, dass die Annahme, der Standort Limmattal berge ein geringeres Kosten- und Terminrisiko als der Standort Furtal, nicht zutrifft.

#### **Diskussion:**

*Werner Hogg* ist mit der Antwort des Stadtrates sehr zufrieden. Die Aussage, wonach der Stadtrat alle rechtlichen Möglichkeiten auszunützen gedenke, ist sehr ermutigend. Die SBB wollen sich auf den Standort RBL konzentrieren und sind fest dazu entschlossen, den Gateway-Terminal in Dietikon zu bauen. Die Begründung, dass im Limmattal ohnehin bereits sehr viel Lärm und Verkehr sei und es demnach auf den Mehrverkehr des Terminals nicht ankomme, ist zynisch und in aller Form zurückzuweisen. Weiter ist anzumerken, dass mit der geplanten Einzonung Niderfeld bald die gleichen Probleme absehbar sind, wie sie heute am Standort Zürich bestehen. Eine weitere Entwicklung des Terminals wird mit der Einzonung verunmöglicht. Von Seiten des Kantonsrates und des Regierungsrates kommen bis anhin keine ermutigenden Signale für das Limmattal. Die Volkswirtschaftsdirektion von Regierungsrätin Rita Fuhrer unterstützt die SBB bei der Planung des Gateway-Terminals.

Eine Chance den Gateway zu verhindern besteht darin, möglichst viele Personen und Institutionen gegen das Projekt zu mobilisieren. Von Seiten der Gemeinde ist der Beitritt von Dietikon zur Gemeindeallianz Limmattal der richtige Weg. Das Komitee will den eingeschlagenen Weg konsequent weitergehen und schliesst auch die Organisation einer Demonstration nicht aus. Da die SBB auf eine rasche Lösung des Gateway-Problems angewiesen sind, läuft die Zeit für das Limmattal.

In der weiteren Diskussion wird der Einsatz des Stadtrates ebenfalls sehr begrüsst. Von Seiten der SBB sei wenig bis keine Kompromissbereitschaft zu erkennen. Der Kampf gegen den Gateway sei keineswegs aussichtslos. Die Meinungen über die Entwicklung von SBB Cargo gehen auseinander. Es ist durchaus möglich, dass der Gateway von einem anderen Unternehmen geführt wird, was nicht mehr im Interesse des Bundes liegen kann.



Bezüglich der Verkehrsproblematik wird der Stadtrat eingeladen, auch die Situation im übrigen Gemeindegebiet nicht ausser Acht zu lassen. So werden durch die Baubewilligungen für das Coop Verteilzentrum und den Engrosmarkt der Prodega viele Fahrzeugfahrten generiert. Den Gateway-Terminal mit dem Argument des Verkehrs zu bekämpfen, schade somit der Glaubwürdigkeit des Stadtrates. Der Gütertransport auf der Schiene ist an sich eine gute Sache. Aus diesem Grund sollten Verhandlungen nicht von vorneherein ausgeschlossen werden.

*Stadtpräsident Otto Müller* weist darauf hin, dass die Baubewilligung für das Coop Verteilzentrum noch nicht rechtskräftig ist. Weiter hat Coop zugesagt, einen grossen Teil der Waren mit der Bahn anzuliefern. Zudem seien die Fahrzeuge, welche den Coop und den Gateway bedienen, nicht vergleichbar. Mit dem Bau des Coop Verteilzentrums können bis zu 400 Arbeitsplätze geschaffen werden. Der Gateway-Terminal hingegen bringe nur Lärm und leiste auch keinen Beitrag zum zukünftigen Steueraufkommen.

#### **Erledigung:**

Da der Inhalt des Postulats in die Zuständigkeit des Stadtrats fällt, ist es mit diesem Bericht erledigt.

\*\*\*\*\*

#### **K4.12.           Erwachsenenbildung, Volkshochschule**

##### **Weiterbildung in Dietikon**

##### **Beantwortung des Postulats Blömeke**

Andreas Blömeke, Mitglied des Gemeinderates, und 11 Mitunterzeichnende haben am 4. November 2005 ein Postulat betr. Weiterbildung in Dietikon eingereicht. Der Gemeinderat überwies das Postulat am 8. Dezember 2005 an den Stadtrat zum Bericht und Antrag. Der Stadtrat hat am 25. September 2006 dazu folgenden Bericht erstattet:

Zusammen mit dem Sparpaket 04 hat der Regierungsrat vorgesehen, Fremdsprachenkurse an gewerblich-industriellen Berufsschulen und KV-Schulen zu streichen. Dies hätte bis ins Jahr 2009 zu einer Entlastung von 24,3 Millionen Franken und Streichung von 42 Vollzeitstellen geführt. Der Regierungsrat argumentierte, dass es ohne weiteres möglich sei, Sprachkurse an privat geführten Schulen ohne öffentliche Subventionen besuchen zu können. Im Zuge dieser Sparmassnahme befasste sich der Kantonsrat mit einigen Vorstössen, welche entweder eine weitere Privatisierung der Weiterbildung für Erwachsene bezweckten oder im Gegenteil auf die Wichtigkeit einer staatlichen Subventionierung von Weiterbildungskursen hinwiesen.

Seit dem 1. Januar 2004 sind das eidgenössische Berufsbildungsgesetz (BBG) die und Berufsbildungsverordnung in Kraft. Diese beiden Erlasse bilden die gesetzliche Grundlage für die gesamte Berufsbildung ausserhalb des Hochschulbereichs. Das BBG erklärt die Berufsbildung zur Verbundaufgabe von Bund, Kantonen und Organisationen der Arbeitswelt. Unter anderem weist der Bund den Kantonen die Aufgabe zu, für eine berufsorientierte Weiterbildung zu sorgen.



Am 1. Januar 2006 ist die neue Kantonsverfassung vom 27. Februar 2005 in Kraft getreten. Diese sieht in Art. 119 vor, dass der Kanton die berufliche Weiterbildung und die Erwachsenenbildung zu fördern habe. Aufgrund dieser Ausgangslage sah sich der Regierungsrat veranlasst, das bestehende Einführungsgesetz zum Berufsbildungsgesetz einer Totalrevision zu unterziehen. Mit Weisung vom 30. August 2006 hat der Regierungsrat das neue EG BBG dem Kantonsrat überwiesen.

Das Berufsbildungsgesetz des Bundes verpflichtet die Kantone, für die gesetzlich festgelegten Bildungsangebote der Grund- und beruflichen Weiterbildung zu sorgen. Mit dem Begriff "sorgen" wird dem Kanton die Aufgabe zugewiesen, einerseits günstige Rahmenbedingungen zu schaffen, damit private Anbieter die bestehenden Bildungsangebote abdecken können. Andererseits hat der Kanton Bildungsangebote selbst bereitzustellen, wenn der Markt die im öffentlichen Interesse stehenden Angebote nicht in genügendem Umfang zur Verfügung stellt. Das BBG verlangt, dass dort, wo öffentliche und private Angebote in Konkurrenz stehen, die staatlichen Angebote die privaten Träger nicht in wettbewerbsverfälschender Weise konkurrenzieren dürfen. Dieses Gebot gilt nicht für Angebote im Rahmen des Service public. Hier ist die Preisgestaltung insbesondere auf die Erschwinglichkeit des Angebots für die bildungspolitische Zielgruppe auszurichten.

Gemäss Erhebung des Bundesamtes für Statistik haben sich im Jahr 2003 rund 1,8 Millionen Erwachsene in insgesamt 2,5 Millionen Kursen während 122 Millionen Stunden weitergebildet. Am meisten besucht wurden Informatik- und Sprachkurse. Bei den Kursen, welche in schulischen Institutionen vermittelt wurden, sind Privatschulen und staatliche Schulen je zur Hälfte beteiligt.

Für die Förderung der Weiterbildung durch den Kanton muss entweder ein besonderes öffentliches Interesse oder das Fehlen eines für die Zielgruppe erschwinglichen Angebots seitens der privaten Anbietenden vorliegen. Als besonderes öffentliches Interesse wird u.a. das Bildungsangebot angesehen, welches unerlässlich für die Integration von ausländischen Bevölkerungsteilen ist. Dazu gehören z.B. auch bestimmte Sprachkurse, die für finanzschwache Lernende angeboten werden, insbesondere Deutschkurse, Fremdsprachenkurse der Landessprachen und Englisch. Das EG BBG sieht vor, dass solche Kurse auch weiterhin an kantonalen Schulen angeboten werden dürfen.

Für das Berufsbildungszentrum Amt und Limmattal bedeutet dies, dass auch weiterhin Kurse in den erwähnten Sprachen angeboten werden dürfen. Zurzeit werden im BBZ folgende Sprachen unterrichtet:

- Englisch
- Französisch
- Italienisch
- Spanisch
- Chinesisch
- Deutsch

Von diesen werden inskünftig Spanisch und Chinesisch vom Kanton nicht mehr subventioniert. Ob sich die Weiterführung der Kurse mit einer 100 % Kostendeckung durch die Lernenden lohnt, wird das BBZ zu entscheiden haben.



Der Kanton sieht vor, dass Subventionen bis zu 75 % der ungedeckten anrechenbaren Aufwendungen für Weiterbildungskurse geleistet werden können. Sofern für Kurse ein besonderes öffentliches Interesse besteht, kann der Kanton das Defizit ganz oder teilweise übernehmen. Bei der Bemessung der durch die Lernenden zu erbringenden Eigenleistungen gilt als Richtschnur die Erschwinglichkeit durch die angesprochene Zielgruppe.

In den verschiedenen Vernehmlassungen wurde auf den Verfassungsauftrag bezüglich Weiterbildungsangebote aufmerksam gemacht. Zudem wurde geltend gemacht, es dürfen keine Wettbewerbsverzerrungen zwischen öffentlichen und privaten Leistungsanbietern entstehen.

Da nach dem neuen EG BBG die wichtigsten Fremdsprachen nach wie vor im BBZ angeboten werden können und vom Kanton mitfinanziert werden, wird das Anliegen der Postulanten weitgehend erfüllt. Der Stadtrat sieht in der Vorlage einen gut ausgewogenen Kompromiss, der eine Weiterbildung in den wichtigsten Sprachen im ganzen Kanton sichert. Alle weiteren Sprachen werden den privaten Anbietern überlassen, welche diese Dienstleistung in der Regel in den Zentren anbieten.

#### **Diskussion:**

*Andreas Blömeke* stellt fest, dass sein Anliegen fast erfüllt sei. Der Regierungsrat habe seinen Sparbeschluss zurückgenommen. Das Berufsbildungszentrum erfülle die Erfordernisse sehr gut. Nachdem im BBZ 800 Personen einen Sprachkurs belegen, sei das Bedürfnis klar ausgewiesen. Die Kurse für Chinesisch und Spanisch werden im BBZ fehlen. Es belegen rund 100 Personen solche Kurse, welche von 5 Lehrkräften erteilt werden. Der Regierungsrat schätze die Bedeutung solcher Kurse falsch ein. Sprachkenntnisse seien in der heutigen globalen Welt sehr wichtig.

#### **Erledigung:**

Da der Inhalt des Postulats in die Zuständigkeit des Stadtrats fällt, ist es mit diesem Bericht erledigt.

\*\*\*\*\*

### **S1.062. Schulbetrieb, Ferien, Stundenpläne**

#### **Umsetzung Volksschulgesetz**

##### **Begründung der Interpellation**

Rosmarie Frehsner-Aebersold, Mitglied des Gemeinderates, und 8 Mitunterzeichnende haben am 4. Oktober 2006 folgende Interpellation eingereicht:

*"Die Umsetzung des Volksschulgesetzes (VSG) beschäftigt nicht nur Lehrer, Schüler und Eltern in erhöhtem Masse. Konstruktive Zusammenarbeit aller Beteiligten muss als Ziel definiert werden. Entsprechend wird Kommunikation und Information allseits erwartet und verlangt. Bis dato haben wir ausser der Konstituierung der Schulpflege nichts erfahren.*

*Deshalb bitte ich die Schulpflege um Beantwortung folgender Fragen:*

- 1. Welche Strategie verfolgt die Schulpflege in Dietikon bei der Umsetzung des VSG?*
- 2. Wie ist der Stadtrat in relevante Entscheide eingebunden?*



3. Wird die Homepage der Schule als Kommunikationsmedium genutzt?

4. Welches sind die Erfahrungen bei der Umsetzung der Blockzeiten?"

**Begründung:**

*Rosmarie Frehsner-Aebersold* führt aus, dass die Schule Dietikon bei der Umsetzung des Volksschulgesetzes im Hintertreffen sei. Es fehlen Informationen über geplante Massnahmen. Die Interpellantin sorgt sich um den Ruf der Schule Dietikon. Der Beizug eines externen Kommunikationsberaters zeigte leider keine nachhaltige Wirkung.

Der Wille der Schulpflege, die Umsetzung des VSG hinauszuzögern, sei zu begrüssen. Dieses Vorgehen sollte aber mit einer Begründung kommuniziert werden. Die Webseiten der Schule enthalten keine für die Umsetzung des VSG relevanten Informationen. In einem Vergleich mit anderen Gemeinden sind auf der Homepage nur dürftige Informationen vorhanden.

Nicht nur die SVP, sondern die ganze Bevölkerung erwartet mehr Auskünfte über die Umsetzung des VSG. Die Interpellantin ist überzeugt, dass in der Schule gute Arbeit geleistet wird. Doch sei es ebenso wichtig, dass dies entsprechend kommuniziert werde. Dem Schulpräsidenten wünscht *Rosmarie Frehsner* auf diesem Wege gute Besserung.

\*\*\*\*\*

**G1.12.            Arzneimittel, Gifte**

**Kaliumiodidversorgung**

Beantwortung der Interpellation Marchetto

Anita Marchetto, Mitglied des Gemeinderates, und 7 Mitunterzeichnende haben am 30. März 2006 eine Interpellation betr. Kaliumiodidversorgung eingereicht. Die Interpellantin begründete ihren Vorstoss an der Sitzung des Gemeinderates vom 11. Mai 2006. Der Stadtrat beantwortet die Interpellation am 3. Juli 2006 wie folgt:

**Vorgeschichte**

Die Notfallschutzplanung in der Schweiz wurde in den späteren 70er Jahren in Angriff genommen. Damals bestanden in den USA bereits Regelungen bez. Notfallplanungszonen. Die USA verlangten, dass gegen die direkten Auswirkungen der radioaktiven Wolke Schutzmassnahmen bis 10 Meilen und gegen die indirekten Auswirkungen wie verstrahlte Lebensmittel Massnahmen bis 50 Meilen vorzubereiten seien.

In der Schweiz wurde im ersten Notfallschutzkonzept eine Zone von 20 km für die direkten Auswirkungen (unterteilt in eine Zone 1 mit 3-5 km und eine Zone 2 mit 20 km) festgelegt. Massnahmen bei verstrahlten Lebensmitteln müssen in der ganzen Schweiz (Zone 3) vorbereitet werden. Im Jahr 2004 wurden organisatorische Vereinfachungen bei den Einteilungen eingeführt.

Bei der Realisierung des KKW Leibstadt wurden gemeinsame Zonen 1 und 2 für die Umgebung der Kernkraftwerke Beznau und Leibstadt festgelegt. Eine abweichende Regelung wäre gemäss Notfallschutzverordnung in begründeten Fällen zulässig. Die Gemeinden werden



von der Fläche her gesamthaft betrachtet und einer Zone zugeteilt. Im Falle von Dietikon ist dies die Zone 3.

Als Sicherheitsmassnahmen im Falle eines KKW-Unfalls werden definiert:

- Der Berstschutz (Betonkuppel/Containment) um das Kernreaktorsystem, welcher den Austritt von Radioaktivität verhindern soll.
- Ein Druckentlastungssystem, welches bei einem Kernunfall mit hohem Überdruck das Bersten der Betonkuppel verhindert und die radioaktiven Stoffe in Aktivkohle ableitet. Diese hält einen grossen Teil der Stoffe zurück.
- Im Fall eines drohenden Austrittes von Radioaktivität wird nach Sirenenalarm die Bevölkerung via Radio aufgefordert, sich in Gebäude zurückzuziehen und Fenster und Türen zu schliessen, sowie die Lüftung abzustellen.
- Bei Austritt von grossen Mengen an Radioaktivität kann die Bevölkerung zusätzlich aufgefordert werden, sich in die Schutzräume (Luftschutzkeller) zurückzuziehen.
- Als weitere Massnahme kann die Einnahme von Jodtabletten angeordnet werden.

#### *Zu Frage 1*

Die Stadt Dietikon wurde nicht angefragt ob sie mit der Einteilung in die Zone 3 einverstanden ist. Diese Zuteilung erfolgte bereits im Jahre 1970.

#### *Zu Frage 2*

Die gesetzliche Regelung liegt auf Bundesebene (Strahlenschutzgesetz und Verordnungen). Die Rechtsgrundlage für die Verteilung der Jodtabletten in der Zone 3 ist in Art. 4 der Jodtabletten-Verordnung verankert. Die Zivile Gemeindeorganisation der Stadt Dietikon hat das Notfallszenario erarbeitet. Die zuständigen Personen sind informiert und haben schriftliche Unterlagen dazu. Die Kaliumiodidtabletten sind rezeptfrei in allen Apotheken erhältlich. Eine Packung kostet Fr. 5.00.

#### *Zu Frage 3*

Die gesetzlichen Grundlagen sind von Bund und Kanton erlassen worden und können durch den Stadtrat Dietikon schwer verändert werden. Es könnte ein Gesuch an den Bevölkerungsschutz des Kantons Zürich zur Überarbeitung der Zoneneinteilung gestellt werden. Die Chancen sind jedoch eher gering.

#### **Diskussion:**

*Anita Marchetto* ist der Auffassung, dass der Stadtrat die vorhandenen Gefahren zu wenig würdigt. Wenn der Stadtrat einen entsprechenden Antrag beim Kanton einreichen würde, wäre eine Umteilung in die Zone II möglich. Die Betreiber der AKW's wollen die Zonen I und II möglichst klein halten um Kosten zu sparen. In diesen beiden Zonen müssen die Betreiber die Kosten für die Kaliumiodidversorgung voll tragen. In der Zone III beträgt der Anteil nur noch 50 %. Die Verteilung der Tabletten hat innert 12 Stunden zu erfolgen. Bei entsprechendem Wind wird die radioaktive Strahlung aber innert einer Stunde in Dietikon sein. In dieser Frist kann eine Verteilung nicht durchgeführt werden.



Die Interpellantin erwartet vom Stadtrat, dass er sich für das Wohl der Bevölkerung einsetzt. Weiter stellt sie die Anschlussfrage, wie ein solcher Störfall von Seiten des zivilen Gemeindeführungstabes behandelt wird.

*Stadtpräsident Otto Müller* weist darauf hin, dass die entsprechenden Szenarien vorbereitet seien. Die genaue Beantwortung der Anschlussfrage würde jedoch den jetzigen Rahmen sprengen.

\*\*\*\*\*

**S3.4.Kip. Kirchplatz (584)**

**Unterirdische WC-Anlage Kirchplatz**

Beantwortung der Interpellation Müller

Elisabeth Müller-Forrer, Mitglied des Gemeinderates, und 3 Mitunterzeichnende haben am 7. April 2006 eine Interpellation betr. Unterirdische WC-Anlage Kirchplatz eingereicht. Die Interpellantin begründete ihren Vorstoss an der Sitzung des Gemeinderates vom 11. Mai 2006. Der Stadtrat beantwortete die Interpellation am 14. August 2006 wie folgt:

*Zu Frage 1*

Die Stadtpolizei führt auf dem Kirchplatz regelmässig, insbesondere bei Anlässen, Fusspatrouillen durch. Darin eingeschlossen sind Kontrollen der Abgänge und der WC-Anlage.

*Zu Frage 2*

Vorderhand wird das Geschehen im Einzugsbereich der Kassastation mittels Videoüberwachungsanlage digital aufgezeichnet. Als Option für eine allfällige spätere Videoüberwachung im 1. UG sind Leerrohre eingelegt worden.

*Zu Frage 3*

Das Behinderten-WC kann mit einem Notruftaster nachgerüstet werden. Entsprechende Vorrichtungen sind vorbereitet.

Auf eine entsprechende Alarmvorrichtung für Damen- und Herren-WC wird infolge erhöhter Beschädigungsgefahr und Missbrauch verzichtet.

*Zu Frage 4*

Der Stadtrat plant die Einrichtung einer Mobilfunkversorgung für die Netzbetreiber Swisscom, Sunrise und Orange in der WC-Anlage. Die Kosten betragen ca. Fr. 12'000.00.

*Zu Frage 5*

Die Kosten für eine Videoüberwachung im 1. UG und den Notruftaster im Behinderten-WC bewegen sich im Bereich von Fr. 15'000.00 bis Fr. 20'000.00.

**Diskussion:**



*Elisabeth Müller-Forrer* stellt fest, dass in der ersten Planung davon ausgegangen wurde, die WC-Anlage im 2. Untergeschoss anzuordnen und nur für Veranstaltungen zu öffnen. Beim Bau konnte die Anlage in das 1. UG integriert werden und steht nun immer zur Verfügung. Diese Projektänderung ist sehr positiv. Der Antwort des Stadtrates ist zu entnehmen, dass die Probleme erkannt und entsprechende Massnahmen in Vorbereitung seien. Es sei festzustellen, dass die WC-Anlage sehr gut unterhalten wird und immer sauber sei.

In der Diskussion outen sich einige Mitglieder des Rates als eifrige Benutzer der WC-Anlagen Kirchplatz. So konnte die Feststellung, dass in der Anlage kein Mobil-Empfang bestehe, nicht bestätigt werden. Die gewöhnungsbedürftigen Piktogramme wurden ersetzt. Die Gestaltung der Räume ist sehr positiv. Bis anhin konnten keine Vandalenakte verzeichnet werden. Eine gepflegte WC-Anlage hat einen guten Einfluss auf die Umgebung.

*Stadtpräsident Otto Müller* ergänzt, dass in der Behindertentoilette nun auch noch ein Wickeltisch angebracht wurde. Die Einführung einer Videoüberwachung im Vorraum des WC ist aus datenschutzrechtlichen Gründen problematisch. Weitere Verbesserungen im Bereich Sicherheit werden geprüft.

\*\*\*\*\*

#### **S3.4.Kip. Kirchplatz (584)**

##### **Unfallgefahren auf dem neu gestalteten Kirchplatz**

##### **Beantwortung der Interpellation Müller**

Elisabeth Müller-Forrer, Mitglied des Gemeinderates, und 3 Mitunterzeichnende haben am 7. April 2006 eine Interpellation betr. Unfallgefahren auf dem neu gestalteten Kirchplatz eingereicht. Die Interpellantin begründete ihren Vorstoss an der Sitzung des Gemeinderates vom 11. Mai 2006. Der Stadtrat beantwortete die Interpellation am 14. August 2006 wie folgt:

##### *Zu Frage 1*

Die genaue Lage der Werkleitungen war aus den vorhandenen Unterlagen nicht ersichtlich. Für die Bestimmung der wichtigsten Leitungen erfolgten Sondierungen. Eine weiterführende Abklärung wäre mit einem unverhältnismässigen Aufwand verbunden gewesen. Wegen diesen vorhandenen Werkleitungen und dem geplanten Fundament einer späteren Doppelspur der BDWM-Bahn - die Treppenstufen westlich der Kirche mussten entsprechend zurückgenommen werden - konnten leider nicht alle Bäume realisiert werden. Die vorhandenen Werkleitungen führten jedoch zu keinen konzeptionellen Änderungen im Vergleich zum Auflageprojekt vom 20. Oktober 2003.

##### *Zu Frage 2*

Der Stadtrat ist bemüht, für die Sicherheit der Benutzer des Platzes zu sorgen und steht im Kontakt mit den entsprechenden Fachstellen. Er hat bereits verschiedene Vorschläge geprüft, wie die Stufe zwischen dem Kirchplatz und dem Vorplatz der St. Agathakirche entschärft werden könnte. Dabei sind sowohl Gesichtspunkte der Ästhetik als auch der Unfallverhütung zu berücksichtigen.

##### *Zu Frage 3*



Die Arbeiten auf dem Kirchplatz wurden sorgfältig geplant und ausgeführt. Bei fehlerhafter Auftragsbefolgung kann auf den entsprechenden Fachplaner oder Unternehmer zurückgegriffen werden.

*Zu Frage 4*

Gemäss Art. 58 OR haftet der Werkeigentümer bei Unfällen, welche sich aufgrund fehlerhafter Anlage oder Herstellung des Werkes ereigneten. Als Werkeigentümer gilt die Stadt Dietikon; sie haftet auch für Fehler oder mangelhaften Unterhalt des Kirchplatzes auf Privatgrund.

*Zu Frage 5*

Die Behebung von allfälligen Werkmängeln erfolgt gemäss Bauvertragsrecht resp. Regelung in den entsprechenden Werk- und Planerverträgen. Liegt der Mangel nicht in der Ausführung, sondern in der Unfallträchtigkeit des an sich vertragsgemäss erstellten Werkes, hat der Werkeigentümer für die zusätzlichen Sicheruntermassnahmen aufzukommen.

**Diskussion:**

*Elisabeth Müller-Forrer* bedauert in ihrer Stellungnahme, dass Fragen und Bedenken während der Bauphase bei den Verantwortlichen auf taube Ohren stiessen. Erst als beim Absatz vor der Kirche Vorfälle passierten, wurde reagiert. Der Platz selbst hat sich bewährt. Störend wirken die Kaugummi- und Fettflecken. Die aufgestellten Pflanztröge beim Absatz vor der Kirche stellen eine Notlösung dar und vermögen architektonisch nicht zu überzeugen.

Die Interpellantin bedauert, dass der beauftragte Architekt nur unter Druck zu Zugeständnissen bereit war. So ist der Platz als nicht Behindertengerecht einzustufen. Ebenfalls enttäuscht zeigt sich die Interpellantin vom Stadttingenieurbüro. So hätte es im Vorfeld möglich sein sollen, die genaue Lage der verschiedenen Werkleitungen zu eruieren. Inskünftig erwartet sie vom Stadtrat ein schnelleres und besseres Eingehen auf Mitteilungen aus der Bevölkerung.

In der Diskussion wird darauf hingewiesen, dass die Antwort keine substantziellen Informationen erhalte. Die gleichen Aussagen seien bereits anlässlich einer Fragestunde gemacht worden.

*Stadtpräsident Otto Müller* führt aus, dass für allfällige Schadenersatzklagen die Bauverträge massgebend seien. Für die fehlerhaften Plattenarbeiten besteht der Stadtrat auf die Garantearbeiten. Ein entsprechender Zahlungsrückbehalt besteht. Der Platz sei bis anhin nicht abgenommen worden. Für die Neugestaltung der Stufe vor der Kirche besteht ein Vorschlag, worüber der Stadtrat nächstens informieren wird.

\*\*\*\*\*

**Schluss der Sitzung:**

22.10 Uhr

\*\*\*\*\*

Die Richtigkeit des Protokolls bezeugen:



Stimmzähler

Präsident

.....  
Pius Meier

.....  
Rochus Burtscher

.....  
Dr. Elisabeth Müller

Sekretär

.....  
Esther Tonini

.....  
Guido Solari